

PERZEPTION, STRATEGIE UND INTERESSE: DIE AUßENPOLITIK INDIENS SEIT DER UNABHÄNGIGKEIT*

Subrata K. Mitra

Nach Jahrzehnten relativer Vernachlässigung scheint Südasiens in letzter Zeit verstärkt in das Blickfeld sicherheitspolitischer Analysen gelangt zu sein. Der gegenwärtig von den USA geführte „Krieg gegen den internationalen Terrorismus“ ist ein Schlüsselfaktor für die hohe Aufmerksamkeit, welche derzeit der Region geschenkt wird, da vermutlich Lager terroristischer Organisationen von Afghanistan in benachbarte Regionen nach Pakistan verlegt worden sind und sich ein terroristisches Netzwerk über die gesamte Region zu erstrecken scheint. Unabhängig von diesen aktuellen Ereignissen sind Fragen der äußeren Sicherheit seit jeher ein wichtiges Problem für die Politik in Südasiens. Diese wird durch ethnische Konflikte, separatistische Bewegungen, Drogenhandel, Waffenschmuggel und einen schwachen und schlecht ausgestatteten Staatsapparat seit der Unabhängigkeit dauerhaft herausgefordert.^[1] All diese Probleme sind seit der nuklearen Aufrüstung Indiens und Pakistans, zweier Länder, die in Kaschmir einen Stellvertreterkrieg^[2] führen, den zu gewinnen Indien nicht in der Lage ist und den zu verlieren Pakistan sich nicht leisten kann, als miteinander verknüpft zu betrachten. Vor diesem Hintergrund versucht dieser Artikel anhand der Bedeutung des Konzepts der Perzeption von Sicherheit durch Staaten und Gesellschaften die Ursachen von Krieg und Frieden in Südasiens zu analysieren. Die Bedeutung von Perzeption für die Theorie erklärt sich durch das hier verwendete Modell der Interaktion von Staat und Gesellschaft, welches einen aktorsorientierten Ansatz verfolgt. Auf der Grundlage dieses Modells soll zunächst die Entwicklung der Politik in Südasiens, insbesondere der Beziehungen Indiens und Pakistans seit der Unabhängigkeit untersucht werden. Anschließend erfolgt eine Simulation indisch-pakistanischer Beziehungen anhand des Modells des Gefangenen-Dilemmas und durch die Darstellung eines Spiels mit drei Akteuren unter Einbeziehung Chinas, um die strukturelle Instabilität dieser Beziehungen darzustellen. Der Schlussteil enthält schließlich einige Politikempfehlungen zur möglichen Festigung eines Friedens in der Region.

I. Problemstellung

Nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York rückte die Bedeutung unterschiedlicher Wahrnehmungen der Akteure bei Auseinandersetzungen, bei denen Gewalt als Mittel eingesetzt wird, erneut in den Blickpunkt politikwissenschaftlicher Erklärungsansätze. Diese Ansätze sind für die Analyse des südasiatischen Sicherheitsumfelds deshalb von Bedeutung, da zahlreiche Anschläge in der Region in der indischen Öffentlichkeit ebenfalls das öffentliche Bewusstsein geprägt haben, so etwa die Anschläge auf das Parlament in Jammu und Kaschmir (Oktober 2001), auf das indische Parlament in Delhi (Dezember 2001) und der Anschlag in Gandhinagar/Gujarat (September 2002).^[3] Während die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten die Angreifer als Terroristen betrachten, die die Zerstörung westlicher Werte und Kultur zum Ziel haben, betrachten sich diese „Terroristen“ und ihre Unterstützer als Freiheitskämpfer in einem legitimen Widerstand. Das Auseinanderklaffen der Perzeptionen der Beobachter und der Akteure ist von größter Bedeutung für die theoretische Analyse und die Formulierung von politikwissenschaftlichen Konzepten. Diese Verbindung beider Perzeptionen herzustellen wird jedoch durch den Umstand erschwert, dass sie einen Dialog über verschiedene Paradigmen hinweg voraussetzt.

Im Allgemeinen dominieren die Variablen „Interesse“ und „Macht“ die neorealistische Forschung zur internationalen Politik. Konstruktivistische Ansätze sind eher dazu geneigt,

ihre Analysen an Akteursperspektiven auszurichten. Eine erfolgreiche Analyse müsste einen dritten Weg verfolgen, der beide Kategorien berücksichtigt und dabei sowohl staatliche Akteure, die für die realistische Schule unverzichtbar sind, wie auch die Sichtweise der Handelnden in ihre Überlegungen einbezieht. Welche Rolle spielen folglich Perzeption und Werte in der Analyse von Konflikten innerhalb der jeweiligen Staaten Südasiens sowie in deren Beziehungen zueinander?

II. Theoretische und methodische Fragen und Hypothese

Der Staat bildet die Hauptuntersuchungseinheit aller realistischen Theorien der Internationalen Politik. Dies setzt die Annahme voraus, dass alle Staaten im Wesentlichen die gleichen epistemologischen Konzepte benutzen, nämlich die der Interessen und ihrer relativen Macht. In dem zuvor angesprochenen Konfliktfall mit indischen Sicherheitskräften auf der einen Seite und islamistischen Terrorgruppen mit angeblicher Unterstützung Pakistans auf der anderen zeigt sich jedoch, dass Perzeption und Bedeutungen für die von den Handelnden verfolgte Strategie von größter Bedeutung waren. Hieraus ergibt sich die folgende Hypothese: Wenn die ontologischen und epistemologischen Arenen der Akteure kongruent sind, kann ein Konflikt durch Verhandlung vermittelt werden. Natürlich lässt sich eine solche Kongruenz nicht einmal bei Staaten erwarten, die große Gemeinsamkeiten in Kultur, industrieller Entwicklung, im politischen System wie auch im Rahmen einer geschichtlich gewachsenen Zusammenarbeit aufweisen, wie etwa im Falle der Vereinigten Staaten und Großbritanniens. In einzelnen Fällen, zum Beispiel im Falle der USA und Frankreichs unter Charles de Gaulle, zeigen sich auch sehr starke Differenzen. Eine hinreichend große Interessenüberschneidung eröffnet jedoch einen Verhandlungsspielraum, mit dessen Hilfe größere Meinungsverschiedenheiten durch stille Diplomatie geregelt werden können (siehe Darstellung 1).^[4] Wenn allerdings beide Staaten solch gemeinsame Eigenschaften nicht teilen, wie etwa im Falle Chinas und Indiens oder Indiens und Pakistans, kann eine strukturelle Unlösbarkeit eines potenziellen Konflikts resultieren, welche schließlich zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung führt. Hieraus ergibt sich im Wesentlichen die folgende Hypothese: Normale Beziehungen zwischen Staaten setzen wahrgenommene gemeinsame Interessen voraus.

III. Persönlichkeit, Wahrnehmung und Politik: Eine analytische Darstellung von Krieg und Frieden in Südasiens

Der folgende Abschnitt behandelt die Normalisierung der indisch-pakistanisch-chinesischen Beziehungen als Problem der empirischen Forschung, in der ein Modell basierend auf der Kategorie „Perzeption“ hilfreich sein kann. Um das angestrebte Modell erarbeiten zu können, ist es wichtig, den empirischen Kontext der regionalen Politik in Südasiens seit dem Zweiten Weltkrieg darzustellen. Zur Vereinfachung soll dieser Zeitraum in vier Phasen unterteilt werden:

Die Blockfreienbewegung unter Premierminister Nehru (1947–1962)

Regionale Konflikte, Bündnis mit der UdSSR und Streben nach regionaler Hegemonie (1963–1989)

Begrenzte Dominanz durch Verhandlungen (1989–1999)

Erneute Konfliktzunahme und die Grenzen der „Two-track“-Strategie (1999–2002).

Die erste Phase begann mit dem Krieg um Kaschmir (1947–1948) und endete mit dem Krieg gegen die Volksrepublik China (1962). Während dieser Zeit verfolgte Indien unter der Führung Jawaharlal Nehrus eine Strategie der Grenzsicherung sowie des Engagements in der Blockfreienbewegung, um die Ausdehnung des Kalten Krieges auf Südasiens zu verhindern und die Militärausgaben zu begrenzen. Zum Nachteil für Nehrus Politik, aber auch für Indien, entwickelte sich der Konflikt um Kaschmir jedoch gerade zu jener Zeit, als Nehru nach einem angemessenen und ehrenvollen Platz für Indien im internationalen System suchte.^[5]

Jawaharlal Nehru betrachtete Kaschmir als integralen Bestandteil Indiens, gleich allen anderen indischen Regionen, da schließlich Kaschmir der Union auf der Grundlage einer völkerrechtlich bindenden Erklärung beigetreten sei. Dieser Sichtweise widersprach Pakistan jedoch, welches die Besetzung eines Großteils Kaschmirs (der andere Teil wird seit dem Krieg 1947/48 von Pakistan besetzt) als illegitim ansah. Die daraus resultierenden Interessenkonflikte, Perzeptionen und Prinzipien sollten in den Folgejahren der Position Nehrus den Anschein der Widersprüchlichkeit und des Opportunismus verleihen. Zu verschiedenen Zeitpunkten erschien verschiedenen Akteuren die „Nehru-Doktrin“ als inkonsistent und unentschlossen und als durch äußeren Druck leicht aufzuweichen. Nehru wurde gleichzeitig in Indien und im Ausland als jemand, der politische Partner mehr oder weniger halbherzig herumschubst, oder als naiver Internationalist gesehen (siehe Darstellung 2).

Nehru bemühte sich um eine Verurteilung Pakistans durch die internationale Gemeinschaft für den Versuch, ganz Kaschmir durch Gewalt zu annektieren. Als Nehru erkannte, dass andere Staaten Indiens Argumentation nicht so aufgriffen und akzeptierten, wie er dies erhofft hatte, wurde er persönlich von Bitterkeit und Desillusionierung ergriffen. Der Krieg gegen die Volksrepublik China von 1962 machte deutlich, dass China auch zukünftig für Indiens strategische Planungen von größter Bedeutung sein würde. Trotz zahlreicher Berichte über chinesische Vorstöße auf indisches Territorium seit 1959 war Nehru nicht bereit zu erkennen, dass seine Vision einer indisch-chinesischen Völkerfreundschaft („Hindi-chini bhai-bhai“, dt. Inder und Chinesen sind Brüder) von der Volksrepublik nicht geteilt wurde und dass ein Krieg oder zumindest ein bewaffneter Konflikt unmittelbar bevorstand. Es ist verschiedentlich angemerkt worden, dass dieser Krieg hätte vermieden werden können, wenn Nehru weniger idealistisch (oder unwissenschaftlich ausgedrückt: weniger naiv) agiert hätte.^[6] Der Konflikt des Jahres 1962 kann also als Ergebnis einer Divergenz der Perzeptionen Indiens und der Volksrepublik Chinas betrachtet werden, da die indische Seite die territoriale Integrität als Hauptkonfliktgegenstand betrachtete, während die chinesische Regierung den indisch-chinesischen Konflikt als Angelegenheit einer Infragestellung ihrer Identität als Souverän und als Frage eines wünschenswerten territorialen Zugewinns in gleichem Maße begriff (solche Fehleinschätzungen in den indisch-chinesischen Beziehungen illustriert treffend Darstellung 3).

Die zweite Phase des Analysezeitraumes beginnt mit der Nachfolge Nehrus im Amt des Premierministers durch Lal Bahadur Shastri unter schwierigen internationalen Rahmenbedingungen. Die berühmt gewordene Drohung Bhuttos mit einem „tausendjährigen Krieg“ gegen Indien fand ein starkes Echo in Großbritannien. Shastri schlug ein Maßnahmenpaket vor, welches die Möglichkeit eines Dialogs mit Pakistan enthielt.^[7] Aufgrund dieser Politik durch Shastri und der Eindrücke Ayub Khans, des pakistanischen Militärdiktators nach ihrem ersten Zusammentreffen, kamen die Strategen in Pakistan zu dem Schluss, dass „[the] new Indian Prime Minister was unlikely to loosen India's links with Kashmir and that it was time for Pakistan to take some overt action for ‘reviving’ the Kashmir issue and ‘defreezing the Kashmir situation’“.^[8] Shastris Pakistan-Politik entsprach seinem Charakter, der sich wesentlich von dem Nehrus unterschied. Er stellte rasch gute Beziehungen zu den Befehlshabern der verschiedenen Waffengattungen und den führenden Oppositionspolitikern im indischen Parlament her. Statt Nehrus charakterlicher Abgehobenheit und der Geheimpolitik Krishna Menons, Nehrus wichtigster Verbindungsperson zu Partei und Bevölkerung während des indisch-chinesischen Konflikts, vertraute Shastri auf die Herstellung eines starken nationalen Konsenses zur Bewältigung der pakistanischen Herausforderung in Kaschmir.

Im indo-pakistanischen Krieg von 1965 war Shastri in der Lage, die politische und militärische Initiative zu ergreifen und befahl beispielsweise der indischen Armee, die Demarkationslinie zu Pakistan bei Lahore zu überschreiten um den Grenzabschnitt bei Chhamb zu entlasten, an dem ein massiver Angriff Pakistans mit gepanzerten Kräften erfolgte. Auf der Konferenz von Taschkent 1966 hingegen war Shastri flexibel genug, um territoriale Zugeständnisse gegen Sicherheitsgarantien einzutauschen.

Während der (teilweise durch Autoritarismus gekennzeichneten) Amtszeit Indira Gandhis wurde der Kaschmirkonflikt zum Zweck des Machterhalts sowohl nach innen als auch nach außen durch ein Bündnis mit der Sowjetunion instrumentalisiert. Pakistan unternahm den Versuch, den Kaschmir-Konflikt durch kriegerische Auseinandersetzungen, Grenzverletzungen und Diplomatie insbesondere mit Blick auf die Vereinten Nationen zu internationalisieren. Die Zeit nach 1971 stellte einen Höhepunkt für Indiens internationales Ansehen dar.^[9] Pakistan war in zwei Teile geteilt, der Kaschmir-Konflikt war – zumindest militärisch – zugunsten Indiens entschieden und die Sowjetunion konnte als starker Bündnispartner gegen die USA und die Volksrepublik China gewonnen werden. Es erscheint in diesem Kontext nicht überraschend, dass eine selbstbewusste Indira Gandhi daraufhin eine Art indische „Monroe-Doktrin“ formulierte. Ähnlich wie ihr berühmtes Vorbild, suchte auch die „Indira-Doktrin“ einerseits fremde Einflussnahme aus der eigenen Region zurückzudrängen und andererseits den anderen benachbarten Staaten zu vermitteln, dass dies in ihrem eigenen Interesse geschehe. Nach der Ermordung Indira Gandhis durch ihre Leibwächter^[10] regierte ihr Nachfolger, Sohn Rajiv Gandhi, mit dem im Wesentlichen gleichen Programm weiter. Auch er wurde schließlich Opfer seiner eigenen Politik. Nach einer gescheiterten Mission indischer Friedenstruppen in Sri Lanka wurde er 1991 von tamilischen Extremisten ermordet.^[11] Mit ihm endete sowohl die „Gandhi-Dynastie“ als auch der Versuch Indiens, die Region Südasiens durch die Umsetzung der „Indira-Doktrin“ unter Zwang zu dominieren.

Eine ironische Fußnote stellt die Tatsache dar, dass die neue Politik des Ausgleichs, welche Indien auch gegenüber Pakistan umzusetzen suchte, das Ergebnis einer internen Schwäche der Koalitionsregierungen seit 1989 war. Die Versuche, die diversen Regierungskoalitionen zu stabilisieren, führten zu einer Politik des Interessenausgleichs gegenüber verschiedenen Gruppen. Der innenpolitische Prozess der Akkommodierung führte gleichzeitig zu einer abnehmenden Neigung, in der Politik gegenüber Pakistan konfrontative Dynamiken und Konflikte zu fördern. Die Wiederaufnahme der Gespräche zwischen dem indischen Premierminister I. K. Gujral und seinem pakistanischen Amtskollegen Nawaz Sharif auf den Malediven im Mai 1997 ist bezeichnend für diese Entwicklung. Sie führte schließlich, trotz eines zwischenzeitlichen Regierungswechsels in Indien, zur sogenannten „Erklärung von Lahore“.

Ein weiterer Faktor, welcher zur vorübergehenden Stabilisierung der Beziehungen zwischen Indien und Pakistan führte, war die Liberalisierung und Globalisierung der indischen Wirtschaft seit 1992 und parallel hierzu auch in Pakistan, wo die Großindustrie eine wichtige Machtbasis für den damaligen Regierungschef Nawaz Sharif darstellte. Sowohl die indische als auch die pakistanische Regierung konzentrierten sich verstärkt auf den Ausbau des bilateralen Handels. Indiens Premierminister Gujral versprach nach seinem Amtsantritt 1997 im Zuge des Aussöhnungsprozesses sogar unilaterale Konzessionen gegenüber den benachbarten Staaten. Sein Ansatz „Zuckerbrot ohne Peitsche“ wurde daraufhin als „Gujral-Doktrin“ bekannt.

Ein dritter Faktor, welcher eine Entwicklung einer regionalen Sicherheitsstruktur begünstigte, war eine Veränderung der Interessen der Vereinigten Staaten in der Region. Mit dem Niedergang der Sowjetunion lag die Priorität der amerikanischen Politik nicht mehr in der Unterstützung Afghanistans und Pakistans als Gegengewicht zu Indien und der Sowjetunion, sondern auf der Verstärkung des US-amerikanischen Anteils am regionalen Handel. Die

amerikanische Regierung war daher an einem Friedensprozess zwischen Indien und Pakistan sehr interessiert und ermutigte beide Staaten zu weiteren konstruktiven Schritten. Während einige dieser Entwicklungen Anlass zu Optimismus in der Region gaben, waren die Versuche Chinas, das durch die gewandelte amerikanische Politik entstandene Vakuum selbst zu füllen, ein Hindernis auf einem Weg der Entspannung. Die indischen Befürchtungen diesbezüglich wurden durch eine verstärkte chinesische Flottenpräsenz im Indischen Ozean noch größer. Über die strategischen Überlegungen der pakistanischen sicherheitspolitischen Entscheidungsträger gibt es noch kein gesichertes Wissen. Auf indischer Seite herrschte weiterhin eine Rivalität zwischen den Befürwortern einer Verhandlungslösung im Konflikt mit Pakistan und denen eines für sie unausweichlich scheinenden bewaffneten Konflikts vor. Was die Entwicklung außenpolitischer Konzeptionen und Visionen betrifft, sah Nehru sich selbst als Vertreter einer Modernisierungspolitik. Soziale und wirtschaftliche Entwicklung bildeten den Kern seines politischen Denkens. Verteidigungspolitik wurde von ihm hauptsächlich als Mittel zur Erreichung dieser Ziele angesehen. Nehru misstraute dem Militär. Dementsprechend entwickelte sich unter seiner Führung keine strategische Doktrin neben der Blockfreienbewegung, die zwar als Instrument der Konfliktvermeidung dienen konnte, nicht aber als Instrument zur Steigerung nationaler Macht und Sicherheit.

Die Ereignisse des indisch-chinesischen Krieges 1962 und des indisch-pakistanischen Krieges 1971 lösten einen wichtigen Wechsel in der Sicherheitspolitik aus, da Indien nunmehr für die Möglichkeit eines Zwei-Fronten-Krieges planen musste. Die erhöhten Militärausgaben und eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Westen stellen den Beginn eines verstärkten Bewusstseins für Sicherheitsfragen dar. Indira Gandhi zeigte nach ihrem Amtsantritt 1966 eine größere Bereitschaft, politische und militärische Fragen miteinander zu verknüpfen. Sie war es auch, die die indische Außen- und Sicherheitspolitik auf der Grundlage des indisch-sowjetischen „Vertrages über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit“ von 1971 stärker auf die Sowjetunion ausrichtete. Nach 1971 wurde die militärische Balance durch die pakistanische Niederlage im Krieg gegen Indien, das Entstehen Bangladeschs und die „friedliche Nuklearexplosion“ von 1974, die wiederum die „Indira-Doktrin“ unterstreicht, nachhaltig verändert.^[12] Obwohl die wirtschaftliche Liberalisierung Indiens seit 1991 eine Grundlage für die Wiederannäherung mit den Vereinigten Staaten bildet, setzten sich die widersprüchlichen Tendenzen in Indiens strategischem Denken von 1990 bis 1999 weiter fort. Der Zusammenbruch der Sowjetunion machte den radikalen Wechsel der Außenpolitik erforderlich und die Wirtschaftsreformen führten gleichzeitig zu der Notwendigkeit von Einschnitten bei den Militärausgaben. Diese Entwicklung könnte Pakistan Anlass gegeben haben, aus den entstehenden Unruhen in Kaschmir Nutzen zu ziehen und geheime grenzüberschreitende Militär- und Terroraktionen zu unterstützen. Während auf politischer Ebene weiterhin die unilateralistische und auf Verhandlungen zielende „Gujral-Doktrin“ galt, die später ergänzt wurde durch Initiativen der Bharatiya Janata Partei (BJP) auf eine diplomatische Lösung hin, zunächst durch die Busreise nach Lahore und später mit dem Gipfel von Agra, agierte das pakistanische Militär konservativer und versuchte die vermeintliche Schwäche Indiens zu nutzen. Eine Konsequenz hieraus war der Krieg um Kargil 1999. Die starke Reaktion der indischen Armee auf den pakistanischen Einfall unterstrich einmal mehr die Notwendigkeit einer indischen Sicherheitsdoktrin.

Obwohl vieles dafür spricht, dass die Sicherheit in Südasien wesentlich von der Dreiecksbeziehung Indien-China-Pakistan abhängt,^[13] bleibt Indien dennoch die wichtigste Macht in der Region und Indiens Selbstwahrnehmung ist daher wesentlich für die regionale Politik. Die Notwendigkeit, die Analyse der indischen Rolle methodologisch zu hinterfragen, ergibt sich gerade aus der Tatsache, dass es sich bei Indien um einen demokratischen Staat und eine offene Gesellschaft handelt, was Indiens sicherheitspolitisches Profil fälschlich als besonders transparent erscheinen lässt.^[14] In Indien ist man sich weder über dieses Profil noch über dessen politische Außenwirkung einig.^[15] Außenstehende Beobachter sehen Indiens

politische Manöver entweder als die eines „regionalen Tyrannen“ oder als die eines Landes, welches leicht zu beeinflussen ist. Ein janusgesichtiges Indien erfüllt oft beide Erwartungen und erscheint gleichzeitig als mystisch-moralisch oder als prinzipienlos.^[16]

Indiens unscharfes Profil resultiert aus der Kluft zwischen der indischen Selbstwahrnehmung und der Wahrnehmung durch andere. Dies wird noch durch die nostalgische Erinnerung an Zeiten verstärkt, in denen Indien ein wichtiger Staat auf der internationalen Bühne war, auf Augenhöhe mit der Volksrepublik China. Diese Position erforderte und erfordert aber auch eine kaum realisierbare größere strategische Vision und Verantwortung, während gegenwärtige Verpflichtungen Indiens Politik ganz und gar an die Region Südasiens binden. Diese Kluft zwischen Selbst- und Fremdeinschätzung veranlasst Indien auch dazu, zwischen einer Politik großer Gesten und hoher Ansprüche einerseits und Stillschweigen in Fällen, in denen seine eigenen Interessen verletzt werden, andererseits zu schwanken, was wiederum seine Glaubwürdigkeit verringert.

So haben sich die Absichten Indiens, das von den Erwartungen seiner zunehmend einflussreicheren Mittelschicht angetrieben nach einer Position im globalen Markt und einer globalen Rolle sucht, nicht umsetzen lassen. Wie Sandy Gordon feststellt, haben die Komplexität und die Schwierigkeiten in der Region Südasiens dazu geführt, dass Indiens Aufmerksamkeit mehr auf die Probleme in seiner unmittelbaren Umgebung und auf die der Nationenbildung als auf die Region des Indischen Ozeans oder gar auf die Welt gelenkt wurde und wird. So schreibt er, dass „[t]his fact is not without irony. While it is the problems of the neighbourhood that have largely driven India's military build-up, it is also those very problems that continue to limit its strategic reach.“^[17]

IV. Eine spieltheoretische Analyse der indisch-pakistanischen Beziehungen

Der indisch-pakistanische Konflikt kann nicht auf einen atavistischen Hass zwischen beiden Völkern zurückgeführt werden. Pakistan wurde aus Britisch-Indien herausgetrennt, um den Muslimen Südasiens eine Heimat zu geben. Die Rivalität zwischen der Muslim-Liga, welche die so genannte „Zwei-Nationen-Theorie“ vertrat, also die Schaffung eines eigenen muslimischen Staates, und dem Indischen Nationalkongress, der dies ablehnte, hat der Feindseligkeit Indiens und Pakistans eine gewisse scheinbare Logik verliehen. Diese Antagonie wird dadurch verstärkt, dass das muslimisch dominierte Kaschmir, insbesondere das Kaschmirtal, unter indischer Besatzung steht. Für die Vertreter des konventionellen Erklärungsmodells der indisch-pakistanischen Beziehungen sind die zahlreichen Grenzkonflikte, welche zum Krieg und zu Unruhen führten, Anzeichen einer emotionalen Kluft zwischen Indien und Pakistan.

Zahlreiche Fakten sprechen jedoch gegen diese Annahme. Ein Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen Indien und Pakistan ist der Vertrag über die Nutzung des Induswassers von 1960, der alle Kriege überdauert hat. Der pakistanische Staat, konfrontiert mit einem überlegenen Gegner, hat das getan, was Nationalstaaten gewöhnlich tun, nämlich nach Bündnissen auf internationaler und regionaler Ebene zu suchen und sich auf einen Krieg zum Schutz seiner Souveränität so gut als möglich vorzubereiten. Das Motiv des Handelns ist demnach nicht ein Hassgefühl gegenüber Indien, sondern der Versuch, ein nationales Interesse, beziehungsweise die nationale Souveränität zu schützen. Es gibt weitere Anomalien, welche die herkömmliche Sicht der bilateralen Beziehungen in Frage stellen. Eine solche ist der seinerzeit spektakuläre Versuch einer so genannten „Bus-Diplomatie“ durch die hindunationalistische Regierung unter der Führung der BJP im Jahr 1999. Premierminister Vajpayee reiste mit dem Bus nach Lahore zur Unterzeichnung des „Abkommens von Lahore“ zur friedlichen Beilegung von Konflikten mit Pakistan. Der Versuch schlug schließlich fehl, als Mujaheddin mit der Unterstützung Pakistans nach der Unterzeichnung indisches Territorium bei Kargil infiltrierten, was den Vertretern der neo-realistischen Sicht

internationaler Politik erneut Recht zu geben schien. Die indische Vergeltung war massiv, und bestärkte neo-realistische Kritiker der indischen Friedensinitiative.

Ein formales Modell der indisch-pakistanischen Beziehungen

Sobald man die grundsätzliche Annahme natürlicher Feindschaft des herkömmlichen Verständnisses der Beziehungen Indiens und Pakistans zueinander akzeptiert, ergibt sich die Erklärung für das Auftreten von Krieg in Südasien scheinbar logisch. „Wars occur because there is nothing to prevent them.“^[18] Kriege, Grenzverletzungen, Trainingslager für Mujaheddin, Schmuggel von Drogen und Waffen über Grenzen hinweg treten auf, weil kein institutioneller Mechanismus sie verhindert.^[19] Die politische Schlussfolgerung, für außenstehende Beobachter südasiatischer Politik hieraus ist, dass Indien und Pakistan unfähig sind, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln und dass Sanktionen das einzige Mittel sind, um einen Krieg in der Region zu verhindern. Da diese Sichtweise weit verbreitet ist, muss die Beziehung zwischen Indien und Pakistan als nicht-kooperatives Spiel mit zwei Akteuren begriffen werden, um ihre logische und empirische Konstruktion zu untersuchen. Bei diesem Spiel hat jeder Spieler zwei Taktiken zur Auswahl: [1] Aufrüstung oder [2] Abrüstung. Beide Spieler treffen ihre Wahl unabhängig voneinander (d.h. ohne vorherige Kenntnis der Wahl des jeweils anderen). Die pay-offs geben die Aufstellung der Kosten-Nutzen-Rechnung der jeweiligen Taktik für den Akteur wieder. Wir erhalten demnach vier mögliche Szenarien der taktischen Handlungsweisen Indiens und Pakistans (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Taktische Wahlmöglichkeiten Indiens und Pakistans

1
Abrüsten
Abrüsten
A
A
2
Aufrüsten
Abrüsten
B
D
3
Aufrüsten
Aufrüsten
C
C
4
Abrüsten
Aufrüsten
D
B

Im ersten Fall nehmen beide Seiten tiefe Einschnitte in ihren Militärausgaben vor. Dies ist eine attraktive Option sowohl für Indien als auch für Pakistan, da, wenn gleichzeitige

Abrüstung möglich wäre, Ressourcen für Entwicklungsmaßnahmen frei würden.^[20] Wenn man annimmt, dass beide Spieler größere Finanzreserven geringeren Reserven vorziehen, könnte man diese Handlungsweise als die für beide günstigste bezeichnen.

Die zweitbeste Handlungsoption aus indischer Sicht ist Situation 2, bei der Indien weiter aufrüstet und so die Friedensdividende verliert, während Pakistan seine Militärausgaben reduziert und so bei einem indischen Angriff verwundbar wird. Die Erinnerung an solch einen Schlag in Pakistan geht zurück bis in das Jahr 1971, als die indische Armee binnen sechs Tagen Pakistan in zwei Hälften teilte und so Bangladesch zur Unabhängigkeit verhalf. Dieses Ereignis stellt für Pakistan bis heute ein Trauma dar. Diese Handlungsoption kann also für Pakistan als am wenigsten wünschenswert (D) bezeichnet werden, wobei es für Indien die zweitbeste Option (B) ist.

Das drittbeste Szenario für Indien ist Situation 3, bei der Indien und Pakistan gleichermaßen aufrüsten. „Auf Nummer sicher gehen“ ist hier die Logik, dargestellt durch den pay-off C. Das für Indien ungünstigste Handlungsschema ist das Szenario 4, bei dem die Friedensbefürworter in Indien die Kriegsbefürworter überwiegen und Pakistan dies durch Aufrüstung und einen Angriff ausnutzt. Dies wird versinnbildlicht durch die indische Paranoia mit Blick auf einen Schlag gegen dasjenige indische Territorium, welches den Rest von Indien mit Kaschmir verbindet. Die indische Sicht dieses pay-offs ist D. Für Pakistan ist dies die zweitbeste Option B.^[21] Die Präferenzordnung, welche die vier dargestellten Situationen ergeben, sind danach für beide Spieler, trotz unterschiedlicher Begründungen (so dass kein inter-personaler Vergleich des Nutzens besteht) $A > B > C > D$.

Tabelle 2: Pay-off-Matrix für Indien und Pakistan in einem nicht-kooperativen Zwei-Personen-Spiel

Pakistanische Taktik
Mindestgewinn
für Indien

Aufrüsten
Abrüsten

Indische
Taktik
Aufrüsten
C / C
B / D
C

Abrüsten
D / B
A / A
D
Mindestgewinn
für Pakistan
C
D

Hinweis: Der jeweils erste Eintrag in einer Zeile stellt den pay-off für den linken Spieler dar.

Die Vertreter dieser herkömmlichen Sichtweise in der Tradition des strukturellen Realismus gehen vom schlimmstmöglichen Fall aus. Da Indien und Pakistan nur ihr eigenes Verhalten

kontrollieren können, müssen sie mit dem schlimmstmöglichen Fall, also größtmöglichen Verlusten kalkulieren. Damit ergibt eine durch Kalkulation begründete Politik auf den Status Quo hin für Indien immerhin C. Risikoscheue Strategen werden sich daher für Aufrüstung entscheiden, wenn sie zwischen C und D wählen können (Tabelle 2). Das Denken auf pakistanischer Seite würde ähnlich aussehen. Wenn also beide Spieler auf Nummer sicher gehen wollen, das heißt den größten annehmbaren Verlust minimieren wollen, werden sie sich für die Aufrüstung entscheiden. Hieraus ergibt sich die ernste Warnung der Vertreter dieser Standardsicht an Idealisten: Jeder Versuch einer Friedenspolitik durch Abrüstung setzt sich der Gefahr einer negativen Konsequenz aus, da der andere Spieler diese Situation ausnutzen und einen Schlag anzubringen versuchen wird. Damit werden beide einander misstrauen und keiner wird den Status Quo im Hinblick auf die eigenen Ziele aufgeben, was zu einem Rüstungswettlauf führt.

Die Vertreter der realistischen Schule verweisen auf Indiens und Pakistans Militärausgaben als Argument für die Richtigkeit ihrer Annahmen. Die Logik, die diesem Modell zugrunde liegt, wird jedoch von Axelrod angezweifelt, der anhand des Beispiels der impliziten Kooperation deutscher und französischer Soldaten im Ersten Weltkrieg zeigt, dass in wiederholten nicht-kooperativen Spielen rationale Spieler ein System impliziter Kooperation entwickeln werden. Es mag für zwei Spieler, die sich in einer einmaligen endspielartigen Situation gegenüberstehen vorteilhaft scheinen, eine konservative Rüstungspolitik mit wenig Aussicht auf Kooperation zu verfolgen. Im Kontext eines fortlaufenden Spieles, bei dem zwei Spieler in großer Nähe zueinander und mit gemeinsamem Wissen über einander existieren, wird ein wechselseitiger Prozess der Abrüstung wahrscheinlich.^[22] Dies ist die Logik, die auch dem SALT-Prozess zugrunde liegt, der letztlich das Ende des Kalten Krieges herbeiführte. Ceteris paribus würde diese Logik auch auf Südasien zutreffen. Da die beiden benachbarten Länder in geographischer Nähe zueinander liegen und eine geschichtliche Kontinuität teilen, erscheint es durchaus realistisch, dass Indien und Pakistan diese Logik wechselseitiger Abrüstung nachvollziehen können.

In Südasien, wie vielleicht in anderen konflikträchtigen Regionen auch, ist die Entwicklung zu einer bewaffneten Auseinandersetzung oft geprägt von einer Politik guter Absichten, weil auf der ontologischen Ebene Personen von ihren Vorstellungen vom Guten, Wahren und Schönen angetrieben werden. Es mag richtig sein, dass die Erfordernisse der Diplomatie ehrliche Männer gelegentlich um des Nutzens für ihre Länder willen zu Lügnern werden lassen, und in der Komplexität internationaler Politik mögen Politiker nicht immer sagen, was sie meinen, oder meinen, was sie sagen. Aber Tatsache ist, dass Akteure ihre Interessen so verfolgen, wie sie diese sehen. Und dennoch geraten die meisten Nachbarn, wie man aus der Realität weiß, nicht in bewaffnete Konflikte. Staaten als komplexe Koalitionen von Interessen und Ideologien wissen, dass sie mit ihren Nachbarn auf unabsehbare Zeit Seite an Seite leben müssen, und handeln nicht notwendig aus Abneigung oder in böser Absicht. Wenn sie auf einen Krieg zusteuern, dann muss gefragt werden, welche Variablen eine Lösung auf dem Verhandlungswege verhindern und den Konflikt verschärfen.

Prozesse sind wichtige Untersuchungsgegenstände. In der Politik wie im richtigen Leben kommunizieren Menschen durch Andeutungen. Ein normales Leben und eine institutionelle Politik sind möglich, wenn die Akteure die gleichen Kategorien zur Kommunikation verwenden. Es besteht natürlich stets die Möglichkeit des Aussendens eines falschen oder des Missverstehens eines richtigen Signals. Aber aus diesem Grund haben Familien wie auch Staaten die Möglichkeit des Rückgriffs auf eine neutrale Schlichtungsinstanz. Normale Beziehungen sind dann nicht möglich, wenn die Interaktion zwischen zwei Staaten durch die Beobachter als Zweierbeziehung verstanden wird, während die Beziehung eigentlich, für den Beobachter aber unmerklich, Teil einer Dreiecksbeziehung ist. Auch wenig hilfreich ist es, wenn die Schlichtungsinstanz nicht so neutral ist, wie angenommen. Die überlegene Macht der Beobachter kann dazu führen, dass diese, oft unwissentlich, öfter jedoch willentlich, statt

derer der Akteure ihre eigenen ontologischen Kategorien einsetzen. Die tragische Konsequenz dieser Gestaltung der Tagesordnung durch den Beobachter ist, dass der Diskurs der Akteure sich zusammen mit den potenziellen Treffpunkten ihrer beiden Perzeptionen verflüchtigt. In diesem Licht betrachtet sind alle Kriege, am meisten aber alle Bruderzwiste, eine Abfolge zusammengebrochener, gestohlener oder verpasster Dialoge.

Die strukturell-realistische Sichtweise folgt einer Argumentationskette, die der Politik militärische und wirtschaftliche Sanktionen zugrunde legt und die gegen Indien und Pakistan nach den Nukleartests angewendet worden ist. Die Sanktionen waren erfolglos bei der Bekämpfung des Rüstungswettlaufs, wie die Ankündigungen von Raketenprogrammen auf beiden Seiten und der Versuch Pakistans, ein seegestütztes Nuklearwaffensystem zu erwerben, in der Folge bewiesen haben. Der Prozess, der zum südasiatischen Rüstungswettlauf führt, ist komplexer als die Standardsichtweise glauben macht. Die Perzeptionen der beiden Schlüsselspieler und die Verbindungen zu anderen Regionen und Bündnissen, die diese bewirkt haben, erscheinen als wichtigere Faktoren als eine natürliche Abneigung, welche wechselseitige Aufrüstung bewirkt.

Der Faktor China

Die Rolle Chinas ist die fehlende Variable, die den Unterschied zwischen einem westlichen und einem südasiatischen Verständnis der Situation ausmacht. Während außenstehende Beobachter Krieg und Frieden in Südasien als Funktion der Feindseligkeit Indiens und Pakistans sehen, betrachten die beiden Nachbarn China als Schlüsselspieler, dessen Gegenwart die strategischen Berechnungen verändert und einen Abrüstungsprozess erschwert. Indien sieht die Volksrepublik China seit dem für Indien verheerenden Krieg von 1962, der chinesischen Unterstützung maoistischer Rebellengruppen in Indien und aufgrund der andauernden Besetzung von Territorium durch China, welches Indien beansprucht, als Bedrohung seiner Sicherheit an.^[23] Dies führt zu einem Drei-Personen-Spiel, in das das Zweierspiel Indiens und Pakistans eingebettet ist. Selbst wenn Indien und Pakistan sich auf ein Gleichgewicht einigen könnten, welches ihnen eine minimale Sicherheit garantieren würde, so wäre es immer noch unmöglich für sie, dieses Gleichgewicht längere Zeit zu erhalten. Zum Verständnis dieser strukturellen Instabilität soll nun die Dreiecksbeziehung Indien-Pakistan-China simuliert werden.

Man nehme an, am Beginn des Spiels schein Indien und Pakistan ein Verhältnis ihrer Machtmittel von 3:1 akzeptabel, um ihnen minimale Sicherheit zu garantieren. Dies verschafft Pakistan einen Vorteil, da im Vergleich das Verhältnis der Bevölkerungszahlen für Pakistan weniger günstig ist. Da aber Pakistan die kleinere Macht ist, würde Pakistan ohnehin mehr erwarten als eine strenge Proportionalität bei der Rüstung. Weil jedoch Indien China als Bedrohung ansieht, würde Indien im nächsten Schritt des Spiels eine zusätzliche Einheit an Machtmitteln erwerben, um dieser Bedrohung zu begegnen. Da Pakistan nicht ausschließen kann, dass Indien diese Einheit gegen Pakistan richtet, würde es eine Aufstockung seiner Machtmittel um $k/3$ anstreben. Die Tatsache, dass Pakistan und die Volksrepublik China gute Beziehungen unterhalten, führt jedoch nicht zu einem entsprechenden Beistandspakt. In den beiden Kriegen von 1965 und 1971 hat China Pakistan kaum materielle Unterstützung geleistet. Pakistan weiß, dass es sich auf sich selbst verlassen muss und strebt daher in unserer Simulation nach zusätzlichen Mitteln, um der gestiegenen Macht Indiens entgegenzutreten zu können. An diesem Punkt würde Indien, um das Verhältnis zu Pakistan stabil zu halten, $(k/3) \times 3$, also ein zusätzliches k anstreben, was Indien insgesamt $3 + 2k$ Einheiten (Sequenz 3) beschert und Pakistan erneut zu Aufrüstung zwingt (Tabelle 3).

Tabelle 3: Der Einfluss des Faktors China auf die indisch-pakistanischen Beziehungen

Sequenz 1

1

3

Sequenz 2

1

$3 + k$

(+k ist eine zusätzliche Sicherheit gegen China)

Sequenz 3

$1 + k / 3$

(k/3 ist die zusätzliche Sicherheit, die Pakistan als proportionale Ergänzung verlangt, da Indien seinen Zuwachs flexibel einsetzen kann)

$[(1+k/3) \times 3] + k = 3 + 2k$

(+k ist eine zusätzliche Sicherheit gegen China zusätzlich zu k. Wie zuvor braucht Indien die dreifache Menge an Sicherheitsressourcen wie Pakistan, um ein Sicherheitsempfinden herzustellen)

Sequenz 4

$(3+2k)/3 = 1 + 2k / 3$

$(3 + 2k) + k = 3+3k$

(Indien versucht, die zusätzliche Kapazität Pakistans durch weiteren proportionalen Zuwachs zu kompensieren, um dabei eine Mindestsicherheit gegen China zu gewährleisten)

Sequenz 5

$(3+3k)/3 = 1+k$

$[(1+k) \times 3] + k = 3 + 4k$

...

...

...

Wer sich an die Politik in Südasien während des Kalten Krieges zurückerinnert, weiß, dass es ein Coup der chinesischen Außenpolitik war, Pakistan als Verbündeten gegen die indisch-sowjetische Allianz zu gewinnen, und dass dies China seitdem sehr genützt hat. China hat seine Schlüsselstellung weise ausgespielt und weder Indien noch Pakistan allzu sehr bedrängt. Die Volksrepublik erhält ihre Ansprüche auf Gebiete in Indiens Nordosten aufrecht und versucht Indiens Handlungsspielraum gegenüber dem Dalai Lama, dem spirituellen Führer Tibets, der in Indien im Exil lebt, einzuschränken. Pakistan hat darauf verzichtet, einen militanten Islam in die chinesischen Regionen mit muslimischen Mehrheiten oder starken Minderheiten zu exportieren, weil es von Chinas Rolle als Ausgleichsfaktor gegenüber Indien, von der Unterstützung in Bezug auf Kaschmir und von nuklearer Technologie abhängig ist.

V. Schlussfolgerungen

Die Analyse in diesem Beitrag hat die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der Variable „Perzeption“ in den Internationalen Beziehungen gelenkt. Der indisch-chinesische Krieg von 1962 bleibt bis heute das verblüffendste Beispiel eines Krieges, der aus einer kognitiven Kluft zwischen zwei Akteuren resultierte. Während Indien den Konflikt als Territorialfrage begriff, sahen die Chinesen ihren Anspruch auf die North East Frontier Area (NEFA) und auf Ladakh als Teil ihrer Identität als mächtiger, aufstrebender kommunistischer Staat, der seine legitimen Rechte von den Nachfolgern des kolonialen Großbritanniens einfordert. Hierin besteht eine Parallele zum gegenwärtigen Stillstand in den indisch-pakistanischen Beziehungen bezüglich des Kaschmirproblems, welches Indien primär als territoriale Frage sieht (obwohl es stets die Bedeutung Kaschmirs für seine säkulare Identität betont), während für Pakistan Kaschmir ein Präzedenzfall für seine islamische Identität ist, der einen moralischen Anspruch auf die Souveränität über das muslimisch dominierte Kaschmir einschließt.

Was kann aus der hier vorgenommenen Analyse mit Blick auf eine Normalisierung in den Beziehungen in Südasien gefolgert werden? Erstens, dass keine normalen Beziehungen zwischen Indien und Pakistan möglich erscheinen, wenn diese nicht als Teil des Dreiecks Indien-Pakistan-China begriffen werden. Zweitens müsste ein Kern an gemeinsamen Interessen in den bilateralen Beziehungen identifiziert werden. Die Betonung sollte auf der Tatsache liegen, dass alle Drei Staaten mit verwundbaren nationalen Minderheiten sind. Die „Minderheiten-Karte“ nicht mehr auszuspielen, könnte ein Anknüpfungspunkt für einen möglichen Konsens sein. Drittens könnte ein trilateraler Dialog auf der Grundlage der jeweiligen bilateralen Dialoge gesucht werden, um einen Konsens in Handels- und Sicherheitsfragen herbeizuführen. Indien und China weisen scheinbar kaum eine Komplementarität in ihren Volkswirtschaften auf, aber eine solche besteht durchaus zwischen indischen High-Tech-Produkten und chinesischen Middle-Tech-Gütern. In Fragen der Sicherheit könnte China Indiens Status als Nuklearmacht akzeptieren, während Indien wiederum zusagt, nicht Teil einer Einkreisungsstrategie der Vereinigten Staaten gegenüber China zu werden. In ähnlicher Weise könnten Indien und Pakistan den Dialog über Kaschmir erneut aufnehmen. China und Pakistan würden ihre Beziehungen eher auf der Grundlage des Handels, als in der bloßen Koalitionsbildung gegen Indien vertiefen (siehe Darstellung 4).

Welche Rolle spielt der Westen in diesem Kontext? Wie die folgende Karikatur zeigt (siehe Darstellung 5), sind viele Inder durch die unterschiedlichen Maßstäbe verwirrt, die die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten zum einen gegenüber einem mit Nuklearwaffen ausgerüsteten und Terrorismus fördernden Pakistan und zum anderen gegenüber dem Irak anwenden. Es liegt im langfristigen Interesse des Westens, Demokratie, wirtschaftliche Prosperität und eine Zivilgesellschaft in Pakistan statt eines Militärdiktators aufgrund lediglich kurzfristiger Interessen zu unterstützen.

Univ.-Prof. Dr. Subrata K. Mitra
Leiter der Abteilung Politische Wissenschaft Südasiens
am Südasien-Institut der Universität Heidelberg

Anmerkungen

* Ich danke den Herren Malte Pehl und Karsten Frey für ihre Hilfe bei der Übersetzung aus dem Englischen.

[1] Siehe Subrata K. Mitra et al., Autonomie und Sezessionsbestrebungen in Nordostindien, in: Erich Reiter (Hrsg.), Jahrbuch für Internationale Sicherheitspolitik. Hamburg: E.S. Mittler & Sohn, 2001.

[2] Siehe Dietmar Rothermund, Die USA und Indien: Gegenseitige Einschätzungen und politisches Handeln. In diesem Band, S. 68f.

[3] Siehe India Today International, 7.10.2002, S. 1 als Beispiel für den indischen Diskurs zu diesem Thema.

[4] Die Strategie, kontroverse Politikfelder von der Agenda zu streichen ist das Äquivalent des „non-issue making“. Für eine Einführung in diese Verhandlungsform, siehe P. Bacharach and M. Baratz, Two Faces of Power, in: American Political Science Review, 1962 (56), S. 947–952.

[5] Für eine detaillierte Analyse dieser Frage siehe Subrata K. Mitra, Nehru's Policy Towards Kashmir: Bringing Politics Back In Again, in: Journal of Commonwealth & Comparative Politics, Vol. 35, No. 2. (July 1997), S. 55–74.

[6] D. K. Palit, War in High Himalaya. The Indian Army in Crisis, 1962. London: Hurst & Company 1991 stellt eine überzeugende Analyse des Konflikts dar.

[7] C. P. Srivastava bündelt die Interessen Indiens wie folgt: 1. Indien hatte kein Interesse an territorialen Zugewinnen zuungunsten Pakistans. 2. Indien hoffte auf einen Fortschritt und auf ein Prosperieren Pakistans. 3. Indien würde eine Einmischung Pakistans in Kaschmir nie zulassen, welches es als integralen Teil Indiens ansah. 4. Indien und Pakistan würden in Frieden miteinander leben müssen, da beide konstituiert waren durch ein Fehlen einer willentlichen Destabilisierung der einen Seite durch die andere. Siehe C. P. Srivastava, Lal Bahadur Shastri, Prime Minister of India, 1964–1966. Delhi: OUP, 1995, S. 186.

[8] A.a.O., S. 186.

[9] Siehe Ramesh Thakur, India in the World. Neither Rich, Powerful, nor Principled, in: Foreign Affairs Vol. 76 No. 4, July/August 1997, S. 20.

[10] Für eine Darstellung der „Operation Blue Star“ und ihrer Folgen siehe Nayyar, Kuldip/Khushwant Singh, Tragedy of Punjab: Operation Bluestar and After. New Delhi: Vision Books 1984 und Man Singh Deora (Hrsg.), Aftermath of Operation Bluestar. New Delhi: Anmol 1992.

[11] Eine Studie dieser Indian Peace-Keeping Force (IPKF) findet sich in Depinder Singh, The IPKF in

Sri Lanka. Noida: Trishul Publ. 1991.

[12] Siehe Mansingh, op. cit. (1984).

[13] Siehe S. K. Mitra, War and Peace in South Asia: A Revisionist View of India-Pakistan Relations, in: Contemporary South Asia (2001), 10(3), S. 361–379. Siehe auch J.-L. Racine, The Uncertain Triangle: India, China and Pakistan – The Regional and International Dimensions, <www.ceri-sciencespo.com/archive/jan01/racine.pdf>.

[14] Trotz der indischen Offenheit und Streitkultur wurden die Vorbereitungen zu den Atomtests von Pokhran bis zuletzt streng geheim gehalten, eine Tatsache, die besonders für die amerikanische National Security Agency als Niederlage gilt.

[15] Die rhetorische Frage in Sunil Khilnani's vielbesprochenem The Idea of India (London: Hamish Hamilton, 1997, S. 1): „What is the history of India the history of?“ ist typisch für diese Haltung.

[16] Verwiesen sei hier auf den hohen Preis an Menschenleben und Ansehen, den Indien für sein Engagement in Sri Lanka bezahlte und das Stillschweigen der indischen Regierung zu dem äußerst wichtigen Vertrag zwischen der Regierung Sri Lankas und den tamilischen Rebellen der Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) von 2002.

[17] Siehe R. Babbage/S. Gordon (eds.), India's Strategic Future: Regional State or Global Power? Delhi: OUP, 2002, S. 171.

[18] Kenneth Waltz, Man, the State and War. New York: Columbia University Press, 1959, S. 232.

[19] Die SAARC (Südasiatische Vereinigung für Regionale Kooperation) sieht keinen Austausch über interne Angelegenheiten der Mitgliedsstaaten vor, was die SAARC als Forum für die Diskussion indisch-pakistanischer Beziehungen ausschließt.

[20] Diese Annahme ist nicht reine Spekulation. Das Mehboob-ul-Haq-Centre for Human Development in Islamabad hat präzise Zahlen der „Friedensdividende“, die beide Länder erwarten könnten, vorgelegt. Ein Einfrieren der Militärausgaben auf dem Niveau von 1996 würde Pakistan 762 Milliarden Rupien und Indien 2111 Milliarden Rupien bis zum Jahr 2010 „einsparen“. Siehe Mahbub ul Haq, Human Development in South Asia 1997. Karachi et. al.: Oxford University Press 1997, S. 86 (Tabelle 4.4).

[21] Der Einfachheit halber kann man die Situation als symmetrisch darstellen. Pakistanische Strategen würden demnach die gleichen Schlüsse ziehen wie ihre indischen Gegenspieler, obwohl es durchaus Abweichungen beim Thema der genauen Wirkung eines Erstschlags gibt und die verschiedene Kapazität für einen zweiten Schlag. Das zweite Denkmuster betrifft die Zahl der Tage, die Indien in der Lage wäre, einen Krieg gegen Pakistan zu führen, im Vergleich zu Pakistans Fähigkeiten in dieser Hinsicht, welches einen intensiveren aber

kürzeren Krieg vorziehen muss und sich daher anders ausrüsten muss als sein größerer Nachbar.

[22] R. Axelrod, *The Evolution of Cooperation*, London: Penguin 1990.

[23] Berichte über Übergriffe auf indisches Territorium in Arunachal Pradesh symbolisieren das, was indische Politiker als feindselige Gegenwart Chinas betrachten. Für ein Beispiel dieser Sichtweise, siehe L. Harding, *China Accused of Infiltrating into India*, in: *The Guardian Weekly*, 18.10.2000, S. 17.